

## **Gemeinsame Resolution Nr. 7**

der Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen,  
der Grünen Arbeitnehmer,  
der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Arbeitnehmer,  
der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative-International,

an die 179. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 25. Mai 2023

### **Solidarität mit der Klimabewegung, zivilen Ungehorsam nicht kriminalisieren**

**Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien erklärt sich mit der Klimaschutzbewegung solidarisch, ebenso mit Formen des zivilen Ungehorsams und stellt sich entschieden gegen jeden Kriminalisierungsversuch und gegen jede Einschränkung von Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.**

Aktivismus war seit jeher ein probates Mittel, um politischen Forderungen mehr Gewicht zu verleihen. Schon bei den Au-Besetzungen in den 80er Jahren wurde durch Besetzungen, Protestzüge und weitere Aktionen Druck aufgebaut. Auch die Arbeiter:innenbewegung war schon öfters gezwungen, auf Mittel wie z. B. den Streik zurückzugreifen, um etwas durchzusetzen.

All diese Aktivitäten stehen in einem bestimmten Spannungsverhältnis. Sie sollen Druck erzeugen, aufrütteln, politische Forderungen durchsetzen und berühren dabei zwangsläufig auch die Interessen anderer. Jedoch nur dann, wenn sie auffallen, spürbar sind, können sie zielführend sein.

Dieses ist immer im Einzelfall, im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu prüfen.

Anstatt verhältnismäßig zu argumentieren, erleben wir aber das Gegenteil. Klimaschutzaktivist:innen werden kriminalisiert, sie werden sogar „Klimaterroristen“ genannt. Diese Aktivist:innen sind horrenden Klagsdrohungen mit möglichen freiheitseinschränkenden Konsequenzen ausgesetzt. In Deutschland mussten Klimaaktivist:innen aufgrund einer Präventivhaft wochenlang über Weihnachten im Gefängnis ausharren. Sie wurden also bestraft, ohne eine Straftat begangen zu haben. Sogar Einschränkungen des Versammlungsrechts werden diskutiert.

Spätestens jetzt, müssen wir als Interessenvertretung der Arbeitnehmer:innen aufstehen und dagegen protestieren. Einmal mehr gilt: Getroffen hat es wenige – gemeint sind wir alle! Es sollte sich niemand in Sicherheit wiegen und glauben, dass ein einschränkendes Versammlungs- und Vereinigungsrecht nur wenige betrifft. Es sei an die türkis-blaue Koalition erinnert und an den damaligen Innenminister Sobotka, der das Versammlungsrecht generell einschränken wollte. Gleiches gilt für die Präventivhaft. Es sei ebenso daran erinnert, dass auch in Österreich die Präventivhaft („Sicherungshaft“) im türkis-

grünen Regierungsprogramm erwähnt ist und es sollte sich niemand in Sicherheit wiegen und glauben, dass die Präventivhaft nicht ausgeweitet werden kann (siehe Deutschland, wo sich die „Schutzhäft“ aus der Monarchie, über die Weimarer Republik, zum Mordinstrument der Nationalsozialisten entwickelte).

Viele Aktionen, wie die der „Letzten Generation“, sind provokant, sie haben aber nie den Rahmen der freien Meinungsäußerung und des zivilen Ungehorsams verlassen. Seit Jahrzehnten warnen Klimaforscher:innen immer eindringlicher, dass uns die Zeit davonläuft. Ölkonzerne verheimlichten im vollen Bewusstsein ihre Kenntnisse über die Klimakatastrophe. ExxonMobil konnte bereits 1982 die heutigen Temperaturen fast punktgenau prognostizieren. Konzerne, sogar ganze Staaten betreiben Greenwashing, wenn sie überhaupt etwas tun. Seit Jahren warnen namhafte Klimaforscher:innen davor, dass uns, wenn wir die Klimaziele nicht einhalten, sogar der Zusammenbruch der menschlichen Zivilisation droht. Der Weltklimarat, bestehend aus über 700 Forscher:innen und dutzenden Staaten, warnte erstmalig vor einer existenziellen Bedrohung für die gesamte Menschheit. Hans Joachim Schellnhuber, einer der renommiertesten Klimaforscher weltweit, der das bekannte Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung mitbegründete, spricht davon, dass die Erde Lebensraum für 3 Milliarden Menschen verlieren könnte. Eine Studie, die vom Europaparlament in Auftrag gegeben wurde, ergab als Zukunftsperspektive die Möglichkeit des Aussterbens der Menschheit. (Global Trends To 2030 – Challenges and choices for europe, ESPAS)

Viele, die diese Resolution lesen, werden die schlimmsten Auswirkungen der Klimakatastrophe gegen Ende 2100 nicht mehr miterleben.

Aber wir haben eine Verantwortung. Es ist die Verantwortung unserer Generation, die weitgehend sozial abgesichert leben konnte – dank unserer gewerkschaftlichen Vorkämpfer:innen. Jetzt tragen wir die Verantwortung eine sozial gerechte Welt, eine Welt, die die planetaren Ressourcen respektiert, für unsere Kinder und Enkelkinder aufzubauen. Und wir haben die Pflicht, die Ängste und die Sorgen der Jugend ernst zu nehmen und ihre Vernunft und ihren Mut zu unterstützen. Im Sinne von Alfred Dällinger steht das gemeinsame Ziel, dass unsere Kinder und Kindeskinde nicht wieder in die Hoffnungslosigkeit der Vergangenheit verfallen, sondern dass sie wirklich hoffnungsvoll in die Zukunft blicken können.

Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind von Gewerkschafter:innen blutig erkämpfte Grundrechte. Auf Basis dieses historischen Bewusstseins ist es daher unerlässlich, sich mit der Klimaschutzbewegung solidarisch zu erklären!

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--